



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/145 - 26.6.51

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Adenauer betreibt Remilitarisierung	S.1
Zu Maliks Friedensangebot	S.3
Wann wirklich Bundespressechef ?	S.5

Neuer Husarenritt

P.R. Der Bundeskanzler war noch nicht von seiner Romreise nach Bonn zurückgekehrt, als er bereits die innerdeutsche Auseinandersetzung um das erneut aufnahm, was man schonend den deutschen Beitrag und drastisch die deutsche Remilitarisierung nennt. Er tat das so unmittelbar nach seinem Aufenthalt in der italienischen Hauptstadt, daß der Zusammenhang offenkundig war.

Daß der Bundeskanzler in Rom gerade in dieser Richtung neue starke Impulse, die seinen eigenen Vorstellungen weitgehend entsprechen, empfangen würde, wußte man vorher. Die Italiener haben sich wiederholt über ihre besonders gefährdete strategische Situation beklagt, die erst durch ein militärisch erstarktes Deutschland in ihrer Nordflanke wieder einigermaßen ausreichend gekräftigt werden könnte. Man weiß, daß solche Sorgen vor allem bei gewissen amerikanischen Stellen geteilt werden, denen jede Neigung zu gesteigerter militärischer Anstrengung in Westeuropa willkommen ist. Über die 70-Minuten-Audienz des Kanzlers beim Papst liegen natürlich keine Einzelheiten vor, aber man kennt ebenfalls seit langem die Auffassung des Vatikans, daß vor allem eine maximale militärische Stärke des Westens der bolschewistischen Angriffsabsicht ein wirksames Gegengewicht bietet, wenn auch das Argument von der notwendigen sozialen Fundamentierung des anti-kommunistischen Abwehrkampfes in offiziellen

Erklärungen ebenfalls eine Rolle spielt.

Die Notwendigkeit eines möglichst vollkommenen westlichen Verteidigungssystems ist unbestritten. Aber wie in so vielen Fällen kommt es auch hier bestimmend auf das *w i e* an. Es lag im Augenblick für den Bundeskanzler kein zwingender Anlaß vor, das Thema der deutschen Wiederaufrüstung so betont an zwei aufeinanderfolgenden Tagen von sich aus erneut zu forcieren, es sei denn, er tat es noch ganz im Banne seiner römischen Gespräche und ihrer atmosphärischen Begleiterscheinungen, die dort noch stärker auf ihn gewirkt zu haben scheinen, als in Paris. Mit dem deutlichen Unterton der Verärgerung über seine innerpolitischen Schwierigkeiten hat er "Parteiengezänk" genannt, was ein äußerst ernst zu nehmender, grundlegender Auffassungsunterschied über die richtige außenpolitische Methode ist, ein Unterschied, der nun einmal nicht einfach mit einem deklamatorischen Appell übersprungen werden kann.

Es ist bezeichnend, daß im gleichen Augenblick von einer amtlichen britischen Stelle in Bonn eine Verlautbarung zu den militärischen Besprechungen zwischen der Hohen Kommission und deutschen Sachverständigen ausgegeben wurde, die feststellte, daß diese Besprechungen "zunächst nur der gegenseitigen Orientierung dienen und unverbindlich waren". Die weiter sagt, daß die Brüsseler Beschlüsse Ausgangspunkt nicht nur der militärischen, sondern auch der politischen Besprechungen über die Ablösung des Besatzungsregimes durch vertragliche Vereinbarungen waren, Vereinbarungen, "die womöglich alle Fragen umfassen sollen, deren Regelung vor einem Friedens-Vertrag möglich wäre". Schon zur Zeit der Brüsseler Beschlüsse habe man gesagt, daß konkrete Resultate erst nach langer sorgfältiger Vorbereitung erreicht werden könnten. - Und in Milwaukee hat der US-Landeskommissar für Bayern, George Shuster, erklärt, die Deutschen würden zu ihrer Verteidigung beitragen " *s o b a l d* die US-Streitkräfte über eine Stärke verfügten, die den Gedanken an eine Invasion abwegig erscheinen lassen".

Ist der Kanzler zum Beispiel der Ansicht, daß diese Voraussetzung bereits gegeben sei? Wie kann er sich über mangelnde deutsche Begeisterung - und durchaus nicht nur bei der Opposition - für

sein stürmisches Wiederaufrüstungsverlangen beklagen, wenn selbst von der anderen Seite klarer gesagt wird, als er es tut, was alles noch vor der Verwirklichung eines deutschen Beitrages zu geschehen habe? Wenn die Berechtigung und die Notwendigkeit deutscher Vorbehalte dort deutlicher zum Ausdruck kommt als bei ihm? Der Bundeskanzler hat sich, zur Unterstützung seiner These, auf eine neue McCloy-Erklärung über die deutsche Gleichberechtigung berufen - als ob es die erste wäre. Solche Erklärungen reichen nicht mehr aus, ebenso wenig wie der spezifisch Adenauersche Europa-Enthusiasmus, der gefährlich unkritisch ist.

+ + +

Stalin will im Gespräch bleiben

-dt. Mao Tse-tung hat sich drei Tage Zeit gelassen, ehe er Maliks überraschendes Friedensangebot positiv beantwortete. Daß in dieser Antwort genau so wie in Maliks Offerte die Kardinalpunkte - Formosa und der rotchinesische Uno-Sitz - nicht erwähnt sind, wirft ein freundliches Licht auf die nun aufgenommenen Verhandlungen. Der bisherige Verlauf der russischen Aktion zeigt zugleich, daß der Krenl Mao immer noch fest in der Hand hat, denn nicht Korea, sondern Formosa und einen Uno-Sitz hatte Mao im Sinne, als er Ende 1950 seine Soldaten vom Yalu bis unterhalb des 38. Breitengrades trieb. Es mag Stalin leicht gewesen sein, Nordkorea und Rotchina ins Feuer zu schicken, schwieriger war es sicher, den beiden betrogenen Verbündeten jetzt eine Situation aufzuzwingen, die militärisch keineswegs schon so reif ist wie politisch.

Die Überraschung gehört ebenso zu den Hilfsmitteln der autoritären Diplomatie wie die Undurchsichtigkeit. An beidem mangelt es der neuesten russischen Aktion nicht, darum noch 48 Stunden nach Malik die vorsichtige Reaktion Trumans und Morrisons und die freundlichere, aber kaum mehr verbindliche Antwort Schumans -- man tastet sich ab.

Dennoch spricht vieles dafür, daß die russische Initiative im Korea-Konflikt - zumindest für den gegenwärtigen Zeitpunkt - ehrlich gemeint ist, Nicht aus Menschenliebe etwa, um dem gequälten

koreanischen Volk weitere Kriegsnot zu ersparen, sondern aus rein realistischen Erwägungen. Seit etwa vier Monaten war ein allmählicher Rückzug Moskaus aus dem koreanischen Engagement zu bemerken. Im gleichen Masse, wie die Stärke der Uno-Truppe wuchs die Zurückhaltung des Kreml, der es den ungepanzerten Fingern Mao Tse-tungs überließ, die heißen Kastanien aus dem Uno-Feuer zu holen. Nur noch ein direktes Eingreifen Rußlands hätte dem Korea-Krieg die vom Bolschewismus erwünschte Wendung geben können.

Das aber scheute Stalin und so tat er das klügste, was in dieser Situation zu tun war: er spielt den unbeteiligten ehrlichen Makler und überläßt die Rechnung seinen zwei Satelliten, von denen er einen genau vor einem Jahr, den anderen, größeren, Ende 1950 ins Feuer geschickt hatte. Man muß sich an diese Anfänge des Korea-Krieges zurückbegeben, um das heutige Friedensangebot Maliks als das zu erkennen, was es ist: als das Eingeständnis einer Niederlage. Vor vor einem halben Jahr hatte Stalin in seinem "Prawda"-Interview erklärt, daß der Korea-Krieg mit einer Niederlage der Aggressoren enden werde. (Aggressor ist immer der andere). Maliks Angebot löst zugleich das Rätsel, warum Mao seit dem Frühjahr ohne Panzer und Flugzeuge, also vergeblich, angreifen muß.

Wenn man also dem jetzigen Angebot des Kreml den Anschein der Ehrlichkeit zubilligt, so kann das nicht für alle Zukunft gelten. Der 38. Breitengrad ist, wie ein Jahr Krieg gezeigt hat, militärisch schlecht zu sichern. Würde man dem heutigen Friedensangebot ohne entsprechende Sicherungen Ewigkeitswert beimessen, dann stünde Südkorea der nächsten Aggression genau so offen wie vor einem Jahr. Darum war die erste Reaktion des Westens der Ruf nach Garantien, darum auch hat der Sieger im Korea-Krieg, Truman, vom koreanischen auf den weltpolitischen Kriegsschauplatz umgeschaltet und den Kongreß gebeten, ihm den Helm fester zu binden, auf amerikanisch: neue Dollars zu bewilligen, damit die Aufrüstung fortgesetzt würde.

Wer objektiv ist, wird der russischen Diplomatie ein Kompliment nicht versagen. Im gleichen Augenblick, da Gromyko in Paris seine westlichen Partner zwingt, die eine Tür zuzumachen, öffnet Malik in Lake Success mit Eleganz eine andere, die bisher von der kommunistischen Seite verrammelt war. Der Kreml ist mit Geschick und Ausdauer bemüht, im Gespräch zu bleiben.

Es wäre an der Zeit ...

(sp) Im Ausschuß des Bundestages und im Plenum sprach man kürzlich wieder einmal vom Versagen des Presse- und Informationsamtes. Minister, Abgeordnete und die Presse aller Richtungen machen kein Hehl daraus, daß ihnen der Leiter dieses Amtes noch weniger für seine Aufgaben geeignet erscheint, als seine Vorgänger. Das heißt sehr viel. Aber der kommissarische Chef des Amtes bleibt. Allen Seiten, die in Bonn von der Arbeit dieses Amtes betroffen werden, wird damit geschadet und vermutlich auch dem "Regierungssprecher" selber.

Es heißt, der Bundeskanzler wolle noch nicht, daß der kommissarische Chef des Presseamtes abgelöst würde. Vermutlich wird sich Dr. Adenauer darauf berufen, daß es weder in der Verfassung noch in einem anderen Gesetz eine Bestimmung gibt, die ihn dazu zwingen könnte. Davon, daß in einer Demokratie das Fehlen des Vertrauens einer Mehrheit die Pflicht zu Konsequenzen enthält, will der Bundeskanzler offensichtlich nichts wissen. So bedauerlich das im Grundsätzlichen ist, so schädlich wirkt es hier auch im rein Praktischen. Es gibt im Presseamt durchaus Beamte und Angestellte, die Vorstellungen davon haben, wie dieses Amt vernünftig reorganisiert werden könnte und sie haben diese Gedanken ihrem Chef auch vorgebracht. Aber leider hat sich dieser auch in der Hinsicht nur ablehnend verhalten.

Soll es dabei bleiben, so werden vermutlich gerade die qualifizierten Mitarbeiter dieses Amtes dem Ruf: "Retta, sich wer kann in das AA..." folgen. Die Verantwortung für das weitere Versagen des Presseamtes würde dann ausschließlich die Bundeskanzlei tragen, die sich leider der Illusion hingibt, auf Umwegen ließe sich das Fehlen einer echten Presse- und Informationsstelle schon ausgleichen.

Verantwortlich: Peter Raunau